

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Valk

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 291.

Dienstag, den 12. Dezember 1922.

162. Jahrgang.

Die Londoner Konferenz verlagl. Ergebnislos. — Der deutsche Vorschlag und die Süßmole.

Die letzte Sitzung.

London, 12. Dezember. Am Montag wurden die Besprechungen der alliierten Ministerpräsidenten unterbrochen, um den englischen Premier in die Lage zu setzen, sich mit seinen Kollegen im Kabinett zu besprechen. Am Montag vormittag hat ein englischer Kabinettsrat stattgefunden, der über die Lage beraten hat. Das Kabinett nahm Kenntnis von den bisher gemachten Vorschlägen auf der Ministerpräsidentenkonferenz, die von Poincaré und Mussolini vorgebracht worden waren. Beide Vorschläge werden übrigens noch weiter diskutiert, der Vorschlag Poincarés, der einschneidende Maßnahmen in sich schließt, und der Mussolinis, den man ebenfalls in der jetzigen Form nicht für annehmbar hält. Auch die deutschen Vorschläge wurden eingehend geprüft und für nicht befriedigend befunden. Da die von Bonar Law auf der Konferenz gemachten Vorschläge hinterherum Poincaré unannehmbar erschienen, hielt es Bonar Law für notwendig, sich mit seinen Kollegen zu beraten, bevor man die Konferenz weiterführt.

Bonar Law sprach sich dahin aus, daß es das Hauptproblem der ganzen Reparationsfrage sei, deutsche Schatzscheine (Schatzweisungen) zu erhalten, um die französische und die italienische Schuld zu tilgen.

England sei bereit, einen Teil seiner Ansprüche an seine Schuldner zu erlassen. Es wird daran erinnert, daß die Höhe der deutschen Reparationen auf 132 Milliarden Goldmark festgesetzt worden ist, und daß Deutschland anheim gegeben wurde, Schatzweisungen in Höhe von 12 Milliarden Goldmark, von 38 Milliarden Goldmark und von 82 Milliarden Goldmark aufzulösen. Von diesen Schatzweisungen sind nur die Serie A (und B) getilgt worden, während die Serie C und D gar nicht getilgt worden sind. Nach dem Kommuniqué nach nicht herausgegeben worden sind. Das Angebot des englischen Premiers bedeutet:

1.) daß England Frankreich den größten Teil seiner Schulden erläßt, um dafür irgend etwas abzutauschen, was im Augenblick nicht greifbar ist;

2.) daß nach der Befriedigung der französischen und belgischen Reparationsbedürfnisse England für einige Zeit der einzige Reparationsgläubiger Deutschlands sein wird. — So ungefähr war nach der Darstellung der Presse die Situation, als am Spätnachmittag des Montag die Besprechungen der Ministerpräsidenten wieder aufgenommen wurden. Die Sitzung ist jetzt in die Höhe gekommen, das nach ihrer Beendigung herausgegeben wurde, haben die Ministerpräsidenten die gegenwärtige Lage des Reparationsproblems sorgfältig überprüft, aber auch sich mit der Frage der internationalen Schulden in Europa eingehend befaßt. Der Plan für eine vorläufige Regelung der Reparationen, der vom deutschen Reichsfinanzminister übermittelte worden ist, wurde ebenfalls erörtert, aber

einmütig als unzureichend befunden. Es war den verbündeten Ministerpräsidenten nicht möglich, zu einem definitiven Beschluß über die angemessenen Konferenzarbeiten zu kommen und es wurde entschieden, die Unterhaltungen der Ministerpräsidenten am 2. Januar des kommenden Jahres in Paris fortzusetzen und zwar mit einer derartigen Beschränkung, daß sofort hinterher die geplante Volksoffener in Paris stattfinden und es ihr ermöglicht werden kann, ihre Entscheidungen nach vor dem 15. Januar zu treffen.

Der Inhalt des deutschen Reparationsvorschlages.

Ueber den Inhalt des deutschen Vorschlages, der in London überreicht wurde, wird u. a. folgendes bekannt: Der Vorschlag ist von einem Brief des Reichsfinanzministers Dr. Cuno begleitet, in dem es heißt, daß Staatssekretär Dr. Bergmann, der zufällig in London anwesend ist, der Konferenz alle wünschenswerten Erklärungen mündlich überlegen könnte, und daß der betreffende Vorschlag dazu beitragen könnte, die weiteren Verhandlungen der Ministerien auf einer brauchbaren Grundlage zu sichern. Der Vorschlag selbst trägt den Titel: „Vertrag der deutschen Regierung zur vorläufigen Regelung der Reparationsfrage“. Er besteht aus zwei Teilen und einem Anhang. Der erste Teil handelt von der

Stabilisierung der Mark.

Die deutsche Regierung schlägt vor, die Stabilisierung selber in die Hand nehmen zu wollen und verlangt 1. ein Moratorium für mehrere Jahre und 2. die Anerkennung Deutsch-

lands als eine Weisheitsbegünstigungsmacht im Handel mit den Alliierten. Der zweite Teil des Vorschlages bezieht sich auf die

Reparationsfrage.

In dieser Frage schlägt die deutsche Regierung vor, ein auswärtiges und eine innere Anleihe aufzunehmen und zwar die letztere sofort. Der Anhang ist in drei Punkte eingeteilt, erstens die innere Anleihe. Die deutsche Regierung plant eine Anleihe von drei Milliarden Goldmark mit Prozent Zinsen und 1/2 Prozent Tilgungszinsen. Zweitens: die deutsche Regierung schlägt vor, Schatzscheine etwa in Höhe von 3 Milliarden Goldmark der Reparationskommission zu überreichen, damit sie diese im Auslande finanziert. Dritten und Tilgungszinsen wären sofort zahlbar. Als Gegenseitigkeit verlangt die deutsche Regierung ein Moratorium von zwei Jahren für alle Zahlungen, die sie schuldet, mit Ausnahme für die Zinsleistungen, deren Betrag aus den Werten des deutschen Budgets entnommen werden. Uebrigens verlangt die deutsche Regierung für jede weitere Milliarde, die sie über die geplanten Zahlungen hinaus der Reparationskommission zur Verfügung stellen würde, ein weiteres Moratorium von einem Jahr. Im ganzen würde der Zahlungsaufschub bis fünf Jahre betragen. Schließlich verlangt die deutsche Regierung, daß sie die Kontrolle der deutschen Wälsche als Sicherheit für die auswärtige Anleihe annehmen wird.

Zur Ablehnung der deutschen Vorschläge.

Man erklärt in Konferenzkreisen zwar einmütig, daß die Alliierten die deutschen Vorschläge Cuno's „ablehnen“ haben. Die englischen Delegierten aber, und wie man bestimmt versichern kann, noch andere alliierte Delegierte, man sagte die Belgier, sind der Ansicht, daß die deutschen Vorschläge doch erst einmal zu prüfen seien.

Ueber die Haltung der alliierten Ministerpräsidenten zu den deutschen Vorschlägen wird weiter bekannt: Poincaré, der bereits in der Sitzung die Vorschläge als erster und am energischsten als Falle bezeichnete und ihre Ablehnung verlangte, hat in einer Aussprache nach Schluß der Sitzung gegenüber Journalisten, die nachherin über die Unannehmlichkeit dieser Angelegenheit, die man vertritt, den „betrügerischen“ industriellen Strafrecht und bietet als Entschädigung für das Moratorium keine Garantien, keine Forderungen an. Wie bekommen nichts als eine Summe, die niedriger ist, als die in dem Zahlungsplan vorgesehenen Zahlungen. Es gibt weiter nichts als diese Rolle, die wettlos nur ein Verschleppungsmittel ist, abzulehnen. Mussolini hat seine Auffassung in folgenden Worten zusammengefaßt: „Die deutschen Vorschläge sind unannehmbar, sie sind auch nicht angenommen worden. Sprechen wir nicht mehr darüber.“

Die Periode der Unbestimmtheit.

Paris, 12. Dezember. An amtlicher französischer Stelle wurde am Montag erklärt: Um eine isolierte Aktion Frankreichs würde keinesfalls vor Feststellung eines deutschen Verlangens zum Termin des 15. Januar zu denken sein und der Beschluß im Falle eines solchen Verlangens, eine isolierte Aktion zu unternehmen, würde keinesfalls vor Ende des Jahres gefaßt werden. Es dürfte deshalb mit einer Periode der Unbestimmtheit gerechnet werden. Mussolini hat übrigens am Sonntag erklärt, daß die Wehen, die im Parlament gehalten wurden, in keinem Verhältnis zu den Taten stünden. Diesen Ausführungen des Präsidenten der Republik werden in hiesigen politischen Kreisen als ein Vorbehalt gegen das Kabinett Poincarés aufgefaßt. In hiesigen nichtamtlichen Kreisen ist am Montag Abend die Vermutung laut geworden, daß Deutschland Gelegenheit gegeben werden solle, seine Vorschläge nach den Wünschen der Verbündeten zu ändern. An amtlicher französischer Stelle wird erklärt, daß die Kritik, die Poincaré an dem deutschen Vorschlag geübt hat, keinesfalls eine glatte Verwerfung bedeute.

Die deutschen Reparationsvorschläge und die Industrie.

Berlin, 11. Dezember. Zur Ablehnung des deutschen Reparationsvorschlages in London schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ an der Spitze des Blattes: „Zum deutschen Angebot ist die Industrie nicht befragt worden. Sie ist um nichts gebeten, sie ist auch nicht informiert worden. Wir halten den nach London gerichteten Vorschlag des Kabinetts für nicht maßgebend und wünschen, daß er für nicht tragbar, weil er keine Entlastung bringt. Wäre er von der Gegenseite angenommen, so würden die wirt-

Anzeigenpreis: Der Spaltenne Preismeterabraum 12 Mr. und der Spaltenne Preismeterabraum 54 Mr. Die laufende Monatsabgabe wird vom Verleger auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 50 Mr. in Zahlung genommen. Abgabetermin: 20 Mr. Vorm. besonders. Alle Preise einschließlich des Abgabetermins 10 Mr. Abgabetermin wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Der Weltzerstörer.

Jeder Tag, jede Stunde, um welche die Lösung des Reparationsproblems hinausgeschoben wird, vermehrt die bedrohliche wirtschaftliche Lage Deutschlands, läßt die soziale Unruhe anwachsen, macht den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und Finanzlage schwieriger, verringert die noch bestehenden Aussichten auf Reparationsleistungen und bestärkt die Verleugung Europas. Niemandem kann mehr der furchtbare Ernst der Situation verborgen sein. Wir sind willens, das Necessaire zu tun und zu leisten. Aber die deutsche Selbsthilfe kann nur Erfolg haben, wenn ihr von draußen entsprechende Unterstützung zuteil wird. So ist der Dampfdruck aufs Höchste gespannt, jede Erhöhung dieser Spannung kann aber Nachteil die Katastrophe herbeiführen. Jeder mit den Verhältnissen Vertraute im In- und Ausland weiß das, weiß, daß es allerhöchste Zeit ist, den Status der bisherigen Deutschland gegenüber verfallenen Politik zu ändern. Das deutsche Volk, ein Volk von 60 Millionen hochzivilisierter Menschen, steht im Ranke des Abgrundes, geht einem Hungertode entgegen, wie ihn die Geschichte Westeuropas noch nicht erlebt hat.

Nur im Paris des Herrn Poincaré scheint man von allen diesen offenkundigen Tatsachen keine Ahnung zu haben! Dort scheint man das Bedürfnis zu fühlen, unüberwindlich alle zwei Monate den wilden Mann zu fesseln und Europa von neuem durchgängig unmothiviert und sinnlose Probenungen in Angst und Schrecken zu setzen. Was hat, so fragen wir, der Ministerpräsident Frankreichs gegen Deutschland die Sanierung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse zu erreichen? Morgon, der bedeutendste Vertreter der internationalen Finanz, ist in London gewesen und hatte die Mühsal, nach Paris zu kommen, um die Frage einer internationalen Anleihe für Deutschland mit der dortigen Regierung zu besprechen. Diese ungeheure wichtige Unterredung hat nicht fattige haben, weil Poincaré über die unerlässlichen Bedingungen dazu nicht diskutieren wollte, weil er nach der ihm beliebigen Methode der Politik nur zu diskutieren gewohnt ist, wie er es bisher immer zum größten Unglück der Welt getan hat. So wurde diese Gelegenheit mit vollster Absicht verfehlt. Dabei kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ein vernünftiger Ausgleich der Interessen herbeizuführen möglich gewesen wäre. Ist es doch bekannt, daß Morgon nicht allein steht, denn sowohl der Präsident der Niederländischen Bank, Dr. Bifferting, als auch der Präsident des Schweizer Bankvereins, Dubois, hatten bei ihrem letzten Aufenthalt in Berlin ihre aufrechte und praktische Mitarbeit bei der Erlangung einer internationalen Anleihe zugesagt. Das also die brennende Frage einer Unterstützung Deutschlands durch die internationale Finanz wiederum auf unbestimmte Zeit verlagert worden ist, dafür trägt der französische Ministerpräsident die volle Verantwortung; eine Verantwortung, die umso schwerer wiegt, als er selbst ja die internationale Anleihe als den einzigen Weg zur Lösung des Reparationsproblems anerkannt hat, und es ihm bekannt sein muß, daß eine der Hauptvoraussetzungen dazu, die Stabilisierung der Mark, nur mit Hilfe eines erheblichen Kredites von ausländischer Seite erfüllt werden kann.

Aber nicht genug damit. Während in den Vereinigten Staaten Clemenceau mit unerhörten Mühen Deutschland zu disziplinieren sucht, nimmt der französische Ministerpräsident wiederum das alte Spiel der Confrontationspolitik auf, schlägt die französische Regierung bewußt wieder die schwebende Flamme europäischer Kompensationen, vernichtet sie aufs neue das Vertrauen des Auslandes zu der deutschen Zukunft, verwickelt sie wiederum, wie so oft, den Sturz der Mark, um dann Deutschland eine bewußte Wirtschaftspolitik vorsetzen zu können. So wird unterbrochen die unerlässliche Sanierung Deutschlands hinausgeschoben und verlagert.

Der amerikanische Botschafter in London, Harvey Kennedey, die europäische Lage dahin: nicht nur durch Arztee, sondern auch durch Ausbungen von Nationen können internationale Katastrophen herbeigeführt werden. Die Welt sträubt sich immer mehr gegen die weltzerstörerische französische Politik. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung müssen alles tun, was in ihren Kräften liegt, diesen Weltwidertand zu beseitigen und durch seine politischen Fortsetzten zu lösen.

Wirtschaftliche Kreise, auch die Industrie, dennoch verurteilt haben, Mittel und Wege zu finden, um aus den kommenden Verhandlungen das unerlässlich notwendige Defizit zum Beransatzarbeiten Deckung zu finden. Die Unterstützung aus der Industrie selbstlos zur Verfügung gehalten.

Beilage zu Nr. 291 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 12. Dezember 1922

Wie können die Ernährungs-schwierigkeiten überwunden werden?

Von Bürgermeister Lind, M. d. M.

Die Reichsgetreidestelle hat der Öffentlichkeit mitteilen müssen, daß das Winterbrot 200 M. koste. Es ist als selbstverständlich anzusehen, daß derartige Mitteilungen geschehen sind, die Verbraucher und ganz besonders diejenigen, die ihr Einkommen nicht an die Zukunft angelegen können, erheblich zu beunruhigen. Ganz bestimmt ist damit zu rechnen, daß diese Preissteigerung während des Winters noch nicht die letzte ist. Wenn man nach den Ursachen sucht, so wird selbstverständlich immer erst der Landwirt als Hauptursache herangezogen und für die Preise verantwortlich gemacht. Die Sache liegt aber wesentlich anders. Unter dem Einfluß der Zwangswirtschaft ist die Getreideernte Deutschlands von 26 Millionen Tonnen bis zum Jahre 1921 auf 17 Millionen Tonnen zurückgegangen. Wenn die Winterernte von 1922 berücksichtigt wird, ist der tatsächliche Rückgang ein noch viel größerer. Durch diese Tatsache ist die Brotverforgung Deutschlands mehr als früher von der Auslandszufuhr abhängig geworden und steht unter dem direkten Einfluß der Geldentwertung, die durch die Erfüllungspolitik geschaffen ist und mit Währungsfragen verflochten ist. Die erforderlichen Steigerungen des Dollarkurses lösen eine ständige Steigerung des Brotpreises aus. Wenn man diese Einflüsse ausschalten will, so heißt es immer Mehr-Produktion auf allen Gebieten, in erster Linie aber auf dem Gebiete des Getreidebaus. Wird hier eine allgemeine Ertragssteigerung durch intensive Wirtschaft durchgeföhrt, so regelt sich im Anschluß hieran die Vermehrung der Produktion von selbst, denn die Abfälle in der Landwirtschaft und die Müllabfälle müssen wieder in der Viehwirtschaft Verwendung finden. Man wird mit entgegenhalten, daß die Intensivwirtschaft und hierin in dem schärferen Winter nichts mehr. Auch diese Frage, wie helfen wir uns in den bevorstehenden Winter in der Brotverforgung, will ich nicht unerwähnt lassen. Wenn wir die vorhandene Anapport an Brotgetreide, die eine natürliche Folge der Winterernte ist, durch Zukauf von Auslandsgetreide befestigen wollen, so wird der Brotpreis für Winterbrot noch während des Winters ins Unendliche steigen und ganz unerträgliche Einwirkungen verursachen. Diesen Einwirkungen können wir zum erheblichen Teil dadurch begegnen, daß wir aus der reichen Kartoffelernte Kartoffeln als Mehl herstellen und damit unser Getreideeinkauf freieren. Die Verbraucherpreise werden bei diesem in einem Beschlag erfassen und mit Grauen an die Kriegszeit zurückdenken, wo man vielfach unter dem Einfluß der Streiksmittel ein Winterbrot, das sich dem Mehl indereichte, erhielt. Dies wird nicht allein nicht zutreffen, sondern das heutige Kommunalarbeit muß sogar in seiner Beschaffenheit besser werden, wenn wir bis zu 5% Kartoffelmehl zur Streckung verwenden. Daß das Kartoffelmehl der Friedenswirtschaft ein anderes Produkt ist als das der Kriegswirtschaft, ist als selbstverständlich anzusehen, und die Sachverständigen sind sich darüber klar, daß mit diesem Kartoffelmehl nicht nur eine Streckung, sondern sogar eine Verbesserung des gegen-

wärtigen Kommunalarbotes erreicht wird. Außerdem kommt noch in Frage der erhebliche Preisunterchied. Hingegen wird zur Zeit pro Zentner mit 20 000 Mark geantelt, währenddem Kartoffelmehl 5000-8500 Mark pro Zentner kostet. Dieser außerordentliche Unterschied allein muß jedem Verbraucher klar machen, daß wir auf diesem Wege den ständig verwehenden Einfluß, den das Auslandsgetreide ausübt, ganz erheblich abzumildern und dadurch den Brotpreis soweit zu stabilisieren vermögen, daß eine weitere Deunwertigung den Verbraucherfreien erspart bleibt. Wenn nach diesen Grundfragen gearbeitet wird, müssen wir über den Winter kommen, ohne daß das wirtschaftliche Leben Deutschlands noch schlimmeren Gefährdungen ausgesetzt wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Dezbr.

Die zunächst auf der Tagesordnung stehende Forderungsinterpellation der Deutschnationalen wird innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Zeit beantwortet werden. Gerichtsverfahrens- und Pensionsergänzungsgeetze werden den zuständigen Ausschüssen überwiehen. Die neue Gehaltsordnung für Gerichtsvollzieher, welche die Gehaltssteigerung etwa um das achtfache erhöht, wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Gegen die Gesetzesvorlage über die Erhaltung der Kriegsglieder aus dem Weltkrieg. Eine Entschädigung des Ausschusses für Widmungen im Interesse der Rot der Studienanfänger und Jüngler im Reichsdienst zu verwenden, wird angenommen. Der Nachtragsetat des Reichswirtschaftsministeriums wird bewilligt.

Hg. Bruhn (Deutschn.) verweist dabei auf die noch immer steigende Not der deutschen Presse und verlangt, daß die Regierung genügend Papierholz zwangsweise für die Presse zur Verfügung stellt. In seiner Antwort ermahnt Reichswirtschaftsminister Dr. Brüderer durchaus an, daß die wachsende Not der deutschen Presse eine schwere wirtschaftliche, politische und kulturelle Gefahr sei. Die Regierung wird mit allen nur möglichen Mitteln den nationalen Interessen entgegenzutreten. Die Holzgabe wird jetzt verdreifacht, um durch erhöhte Unterhaltungen einigermassen das Absterben der Zeitungen zu verlangsamen. Die Regierung betrachte die Hilfe für die notleidende Presse als ihre Pflicht. (Beifall.)

Beim Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums beschwerte sich Hg. Künzler (Soz.) darüber, daß die höheren Offiziersstellen meistens mit Jüdinnen besetzt würden. Die Reichswehr sei kein zuverlässiges Maßstabinstrument. Hg. Thomas (Komm.) 50 Prozent der Reichswehr-offiziere seien Juden. Den Soldaten aber würde die politische Betätigung verboten. Reichswehrminister Dr. Götter: Das Liebeswerben der kommunistischen Partei um die Reichswehr wird vergeblich sein. Sie wollen die Soldaten mit Jüdenbrot und Feilsche gewinnen, aber das Jüdenbrot ist uns zu teuer und die Feilsche ist längst abgeduldet. (Zehr auch) Ich sehe meine Aufgabe darin, zu verhindern, daß die Reichswehr auf deutsche Volksgenossen schließt. Der Reichsminister hat das Recht, den Soldaten Zeitungen zu verbieten, deren Besitze-

die Disziplin gefährdet. Ich habe das daher nur einmal beim „Miesbacher Anzeiger“ getan. Der rote Ton der kommunistischen Presse schreit die Leute ganz von selbst ab und mobilisiert geradezu gegen den Kommunismus. (Seit rreit.) Hg. Thomas (Komm.): Dann müßte der Minister doch allen Soldaten „Die rote Fahne“ gratis liefern. Der Haushalt des Reichsministeriums wird bewilligt. Schluß 6 Uhr. Morgen 3 Uhr: Anfragen, Nachtragsetats und Geschäftsordnung.

Preussischer Landtag.

Berlin, 11. Dezbr.

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen kommt der Gesetzentwurf zur zweiten Lesung, der die Möglichkeit gibt, Ministerialdirigenten, Oberpräsidenten, Oberregierungsräten, soweit sie erste Vertreter der Regierungspräsidenten sind, und den den Berliner Polizeipräsidenten vertretenen Oberregierungsrat in den einflussreichen Ruhestand zu versetzen. Der Entwurf hängt mit dem Schutzes der Neupublik zusammen.

Hg. Dahlmer (Dn.) bekämpft den Entwurf, der aus rein politischen Gründen gemacht sei.

Hg. Gieren (Dsch. Wp.) betont, daß zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten eines Regierungspräsidenten mit seinem Vertreter eben eine Eingriffsmöglichkeit geschaffen werden müsse.

Hg. Dönhardt (Zentr.) bemerkt, seine Partei habe während des Kulturkampfes mit der Politisierung der Beamten so bittere Erfahrungen gemacht, daß sie von einer solchen nichts wissen wollen. Die Vorlage sei das Maximum dessen, was das Zentrum mitmachen werde.

Die Vorlage wird sodann gegen die Deutschnationalen in zweiter Lesung angenommen.

Auf Grund eines Antrages der Deutschen Volkspartei über das Goethehaus in Frankfurt a. M. wird beschlossen, das Staatsministerium zu erlauben, für würdige Erhaltung dieser jedem Deutschen heiligen Stätte der Verwaltung des Goethehauses eine ausreichende jährliche Beihilfe zu gewähren und dahin zu wirken, daß sich das Reich mindestens mit dem gleichen Betrag beteiligt.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. Kleinere Vorlagen Schluß 1/3 Uhr.

Politische Rundschau

Grenze für die Krankenversicherung 720 000 Mark

Vereinbarung des Arbeitsverfahrens.

Durch Verordnung vom 1. 12. 22 ist die Grenze für die Krankenversicherungspflicht auf 720 000 Mark festgesetzt worden. Bei 60 000 Mark und weniger monatlich verdient, muß gegen Krankheit versichert sein. Bei Mischarbeiten von Ertragslosen, die wegen Lebensverhältnissen der gesellschaftlichen Verhältnisse oder Einkommengrenze aus der Versicherungspflicht ausgeschlossen sind, bedarf es für das Abrechnen und Pflichten bei der Pflichtfrage keines neuen Antrages. Die Arbeitgeber dürfen ihre wieder versicherungs-

pflichtig werdenden Angehörigen der Pflichtkrankenanstalten nicht wieder anmelden, wenn diese ihrem Arbeitgeber die Mitgliedschaft bei der Erpfafasse vor dem 30. Dezember nachweisen.

Bei Hebereschritten der Versicherungsgrenzen hört die Versicherungspflicht erst mit dem ersten Tage des vierten Monats nach Hebereschritten der Versicherungsgrenze auf. Die Grundsätze sind auf mindestens 600 Mark zu erhöhen, sie können bis zu 1800 Mark festgelegt werden. Die Verordnung tritt am 1. Dezember 1922 in Kraft. Damit sind für die Arbeitgeber, die versicherungspflichtigen Angehörigen der Erpfafassen und die Pflichtkrankenanstalten fähigere Leistungen zu leisten, eine Fälle überflüssiger Verwaltungsarbeit wird beseitigt. Die Regierung und der soziale Ausschuss des Reichstages haben damit einen Wunsch ausgesprochen, der erst jüngst wieder auf der Tagung des Verbandes launmännlicher Berufsvereinigungen in Würzburg mit Rücksicht erhoben worden ist; aber auch die Pflichtkrankenanstalten haben das Verlangen nach Herabminderung der Verwaltungskosten, die durch überflüssige Meldungen entstehen, gestellt. Die vorgesehene Vereinfachung ist zu begrüßen. Es wäre noch mehr zu erreichen gewesen, wenn die Sozialämter nicht nur die vorliegenden Nachrichten nicht beibehalten hätte, daß alle einschlägigen Meldungen von Mitgliedern der Erpfafassen mit einem Schlags über Vor geworden würden. Häufige Auskünfte erteilen die örtlichen Zahlungsstellen der Deutschen nationalen Krankenkasse (für männliche launm. Angehörige) bis Krankenkasse des Bundes wohl. Handels- und Büroangestellten, Verzin für weib. Angehörige und die Kranken- und Sterbekasse für das Deutsche Reich, Abt. B., Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25 (für technische und Büroangestellte).

Angestelltenversicherung und Wohnungsbau.

Es war der große Gedanke der Begründer der Gemeinnützigen Mittelschicht für Angestellten-Gesellschaften (Gag. lach), die Gelder der Angestellten-Versicherung für den Bau von Wohnungen heranzuziehen. Denn nur dadurch, daß diese Gelder der Gemeinden als Bauarbeiten zu besonders günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt worden sind, ist es überhaupt möglich gewesen, Wohnungen in größerer Anzahl zu errichten. Wie bedeutend die bisher gegebenen Summen sind, ergibt sich aus einer Aufstellung, die in der Zeitschrift „Heimstätte und Arbeit“ (Verlag Emil Schneider) (Hintergrund) erschienen ist. Danach waren es im Jahre 1920 nicht weniger als 70 797 750 M., die sich folgendermaßen verteilten: Hypothekendarlehen an Bauvereinigungen 6 091 750 M., Kommunaldarlehen: 63 701 000 M., sonstige Darlehen an Bauvereinigungen und -Anstalten an die Stadt 1 005 000 M. Für das Rechnungsjahr 1921 liegen uns einzelne Angaben noch nicht vor, doch kann ohne weiteres gesagt werden, daß diese Beträge mit den gewöhnlich getragenen Baukosten noch ganz erheblich anzuwachsen sind. Gewiß ist, daß der Wohnungsbau für viele Gemeinden nicht möglich gewesen wäre, wenn sie nicht immer die kommunalen Darlehen von der Angestelltenversicherung erhalten hätten.

Verwaltungsbeiratung von vier irischen Rebellenführern.
London, 8. Dezember. Ein offizieller Bericht aus dem Hauptquartier des irischen Freiheitskampfes besagt, daß in Dublin vier Rebellenführer am Freitag früh hingerichtet wurden. Der Bericht läßt hinzu, daß die Hinrichtung eine Vergeltung für die geistliche Ermordung des Brigadiers Sean Dolan sei und eine Warnung für die, die sich zu Anschlägen gegen das Leben von Vertretern des irischen Volkes entschlossen hätten.

Turnen, Spiel u. Sport des „Merseburger Tageblatt“

Der Fußballsport des Sonntags.

Merseburg hatte am Sonntag wieder einmal eine recht erfolgreiche Tag. B.P. zeigte sich, unserer Voraussage gemäß, mit 3:1 den Falken gegen überlegen, während der Sportverein 99 mit einem hohen 8:1-Zieg aus Halle heimkehrte.

B.P. gegen 96 Halle 3:1 (3:0).

(Eigene Berichterstattung.)
Nach den letzten englischen Spielen unserer Merseburger Klammannschaften kam am vergangenen Sonntag wieder ein schöner Erfolg zu Tage. Gleich nach dem Beginn verlor 96 seine Mittelflächer. Die erste Halbzeit sieht man offenes Feldspiel, keine Hebereschritte irgend einer Seite, nach Auslaufen mehrerer todsicherer Sachen, wobei der glatte Boden den größten Teil der Schuld trägt, gelingt es 96, durch seinen Halbrechten das Führungstor zu erzielen. Bis zum Seitenwechsel ändert sich an dem Ergebnis nichts mehr, denn Rummsel in der Tor arbeit gelangend. So hielt er auch zwei von Sportverein 99 bläuel gezeichnete Schmeißer überaus sicher. Nach Halbzeit aber merkt man bei Halle doch eine gewisse Hebereschritte infolge des Fehlens des ersten Mannes, und Merseburg kommt mehr und mehr auf, obgleich etwa 20 Minuten vor Schluss auch diese verliert auszuscheiden muß. Eine Umstellung, die Thon II als Mittelflächer und Biron als Mittelflächer stellt, bringt neuen Schwung in den bisher überkombinierenden Sturm. Drei Schüsse, aus ziemlich Nähe und platzt getroffen, steht Rummsel wehrlos gegenüber. Der Sieger heißt, besonders in der zweiten Halbzeit, eine starke Mannschaft, in der besonders Roth und Dattendorff gestikulieren: Thon II hat nicht mehr die klare Hebereschritte im Sturm, die ihn früher auszeichnete. Außerdem fehlt ihm der Schuß im entscheidenden Moment, Biron als Mittelstürker a beitere durchaus zuverlässig. Schön war durch die Halle anscheinend etwas unklar geworden. Der Schiedsrichter aus dem Saalekreis war zu langsam in seinen Entscheidungen und hielt sich nicht ganz frei von Beeinflussungen des Publikums. Sportverein 99 gegen Sportvereinsunion Halle 8:1 (3:0).

(Eigene Berichterstattung.)

Einem glänzenden Abschluß der ersten Serie vollbrachte die erste Elf des Sportvereins 99 in Halle, wo der Tackel mit einem Meisterschlag von 81 überfahren wurde. Schon der Erfolg im Hinblick auf die Klassenunterstützung dokumentierende Höhe des Resultats bemerkenswert, so gewinnt er noch dadurch erheblich an Bedeutung, daß 99 mit einer „Ordnungsmannschaft“ die Halle angetreten hatte, in welcher Rot, Dr. Wuttke, Baum und Korb fehlten, während Göttsche infolge harter Indisposition nur eine halbe Kraft war: eine Beierstunde vor Schluss mußte er ganz ausscheiden. Das Feld war recht glatt, so daß auf beiden Seiten manch sichere Torchance ausgelassen wurde, doch war das Tempo stets flott, das Spiel zunächst offen, nach Halblzeit von 99 fast überlegen durchgeführt. Reifner im Tor bekam wenig Arbeit, das Gegenort der Falken der Elf verdient kommt nicht auf kein Konto, vielmehr auf das der Beierstunde, in der Schmeißer hervorragend arbeitete. In der Laufreihe war B. Olling der beste, während der Sturm trotz der Neuaufstellung (Fuß, Franke, Klein, B. Wuttke, Planert) ein gefälliges Angriffsspiel lieferte. Die Tore fielen in regelmäßigen Abständen, 3. 2. nach seinen Kombinationsleistungen: sie bestanden auf Wuttke mit 3, Fuß und Franke je 2 sowie Klein

mit 1 Treffer. Schiedsrichter Müller (Borussia-Halle) sehr gut.

Sportverein 1922 Rahna — Rummsel 1:1 (1:0).

(Eigene Berichterstattung.)
Der am Sonntag erstmalig auf dem Plan tretende Sportverein 1922 konnte wider Erwarten einen Knappen aber sicheren Zieg erringen. Das Resultat ist am so beachtlich, da Rummsel als Meisterschaftsmann der 2. Klasse anzusehen ist. Der Spielverlauf war folgender: Rummsel hat Anstoß, verliert aber gleich den Ball und im schnellen Tempo sibt Sportverein 22 vor des Gegners Hebereschritte und kann nach kurzem Geplänkel einziehen. Doch es galt nicht als Tor, es war abgeleitet. Das Spiel wird nun von Rahna etwas überlegen geführt. In der 12. Minute geht Rahna durch Arnold in Führung. Nach Halbzeit wird Rummsel etwas überlegen, um aber bald wieder an Rahna das Kommando abzutreten. Einzelne tollere Schüsse werden eine Beute der sicher arbeitenden Hintermannschaft Muscat und Berner, und dem blöden arbeitenden Torwart im Tor. Die Mannschaft des Siegers bot überraschende Leistungen. Die Mannschaft hat infolge ihrer guten Aufstellung Aussicht auf weitere Erfolge. Rummsel hat trotz seiner niedrigen Lage ein angenehmes Spiel. Der Wulle, Sp. B. 99 als Schiedsrichter entschied stets klar und einwandfrei.

Die Ligaklasse im Saalekreis.

Vergangener Sonntag brachte aus den verschiedenen Spielplätzen verschiedene Hebereschritte besonders bei der Höhe des Resultats. So schickte der Sportverein 98 Weisenfels nicht weniger als 11:0 beladen heim, während die aufkommenden Waderaner die Sportfreunde mit 8:1 ruffen. Borussia schlug Nordort glatt mit 3:0, während B. F. 2 Merseburg in der Tabelle wieder höher reichte durch den 3:1-Zieg über 96-Halle. In Naumburg endlich schlug die dortige Sp. B. 05 den Tabellenletzten Preußen-Komet mit 4:2. Die Tabelle sieht nunmehr folgendermaßen aus:

| Ligaklasse | Sp. | Tore | Pkte. | | | |
|----------------------|-----|------|-------|-------|----|----|
| | | | + | - | | |
| Sportverein 98-Halle | 0 | 7 | 3 | 33:6 | 17 | 3 |
| Borussia-Halle | 8 | 6 | 1 | 23:5 | 13 | 3 |
| Naumburg 05 | 9 | 6 | 2 | 24:10 | 14 | 4 |
| Wader-Halle | 9 | 4 | 2 | 19:11 | 11 | 7 |
| B. F. Halle (96) | 9 | 3 | 2 | 14:13 | 8 | 10 |
| Preußen-Halle | 1 | 5 | 12 | 14 | 7 | 1 |
| Sportfreunde-Halle | 9 | 2 | 5 | 10:2 | 6 | 12 |
| Sport-Weisenfels | 10 | 3 | 1 | 16:29 | 7 | 13 |
| Preußen-Komet-Halle | 10 | 2 | 6 | 10:30 | 6 | 14 |
| | 9 | 1 | 7 | 4:21 | 3 | 15 |

Geländelauf.

Der vor einiger Zeit von Seiten der Merseburger Turnerschaft für Sonntag, den 10. Dezember vormittag 10 Uhr angelegte Geländelauf wies, jedenfalls infolge der Kälte, nicht die erwartete Teilnehmerzahl auf. Es beteiligten sich nur 10 Mann (Allgemeiner Turnverein 9 und B. S. Rothstein 1 Mann). Auch nach 10 Uhr gingen die Turner bei schönem Sonnenschein in die herrliche Winterlandschaft auf dem Weg. Die Laufstrecke betrug nur 6 Kilometer und wurde in 25 Minuten zurückgelegt. Am 14. Januar findet bei günstiger Witterung ein Geländelauf durch Merseburg statt. „Gut Heil“.